

FreiBrief aus Berlin

Juni 2020



THORSTEN FREI.

www.thorsten-frei.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

gute Rahmenbedingungen für die Familien sind ein Kernbestandteil unserer Politik. Umso mehr habe ich gefreut, dass der Deutsche Bundestag in der vergangenen Sitzungswoche die Verlängerung des Entschädigungsanspruchs für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, beschlossen hat. Die gesetzliche Umsetzung erfolgt im Rahmen des Corona-Steuerhilfegesetzes. Es ist ein weiterer Baustein eines gesamthaften Ansatzes, um diese Krise gut zu bewältigen.

Mein Zwischenfazit der Corona-Krise fällt insgesamt sehr positiv aus. Trotz aller Herausforderung steht unser Land – im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn, aber auch weltweit – sehr gut da. Wir liefern! Verschwörungstheoretiker hingegen schüren ein gefährliches Klima. Jeder einzelne Bürger ist in diesen, zweifellos schwierigen Tagen und Wochen aufgefordert, Haltung zu zeigen und sich den Scharfmachern unserer Gesellschaft entgegenzustellen.

Herzlichst

Gutscheinlösungen leisten wichtigen Beitrag um Wirtschaft in der Krise zu schützen



Seit März haben sich das gesellschaftliche Leben und insbesondere die Freizeitgestaltung, die wir mit dem regelmäßigen Besuch von Kultur- und Sportveranstaltungen sowie Reisen gewohnt waren, grundlegend verändert. Insbesondere für die Veranstalter sind die Herausforderungen immens. Aufgrund der fehlenden Leistungsmöglichkeit haben Kunden nach den Regularien des Zivilrechts einen Anspruch auf Rückerstattung ihres Geldes. Wegen Milliardenbeträgen, die auf einen Schlag fällig werden könnte, drohen reihenweise Insolvenzen. Deshalb unterstützen wir pragmatische und zugleich zeitlich befristete Lösungen, die den Verbrauchern und unserer Wirtschaft zugleich nutzen. Das betrifft zum einen den Veranstaltungsbe- reich. Wenn wir jetzt nichts tun würden, dann würden die Veranstalter innerhalb von fünf Monaten mit Rückforderungen in der Höhe von etwa 4 Milliarden Euro konfrontiert werden. Allein bis Ende August müssen 100.000 bis 120.000 Kulturveranstaltungen abgesagt und abgewickelt werden. Deshalb haben wir für die Unternehmen zeitlich befristet die Möglichkeit geschaffen, einen Wertgutschein an die Kunden auszugeben. In gewisser Weise ist dies eine Zumutung für die Verbraucher, da dieser Weg kein Äquivalent für die entgangene Eintrittskarte ist. Und trotzdem muss man abwägen. Auf der einen Seite geht es um Eintrittskarten, die einen Wert im zweistelligen oder niedrigen dreistelligen Eurobereich haben. Das Geld ist ausgegeben; deswegen gerät keiner in finanzielle Not. Was fehlt, ist die kulturelle Gegenleistung. Dem steht gegenüber, dass davon auszugehen ist, dass innerhalb kürzester Zeit reihenweise Veranstalter in die Insolvenz fallen würden. Am Ende bekommt man dann gewöhnlich nichts. Dann ist es doch viel besser, zu einem späteren Zeitpunkt eine alternative

Leistung nach freier Wahl zu erhalten. Zumal wir für die extremen Ausnahme- und Notfälle eine Härtefallregelung vorgesehen haben. In Analogie dazu treiben wir zum anderen für die Reiseveranstalter im Pauschalreisebereich eine freiwillige Gutscheinlösung voran. Schließlich droht etwa 10.000 Reisebüros und 2.000 Reiseveranstalter die Insolvenz wegen möglichen Rückforderungen der Kunden nach Ausfall der gebuchten Reise.

Doppel- und Vielfachstaatsangehörigkeiten strikt begrenzen



In der aktuellen Debatte des Bundestages zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts stellte ich noch einmal klar, dass es unser Ziel ist, Doppel- und Mehrstaatigkeit zu verhindern. Wir wollen, dass das die Ausnahme bleibt und nicht zur Regel wird. Die Staatsbürgerschaft ist mehr als ein Stück Papier, das über Aufenthaltsrechte entscheidet. Da geht es um mehr als nur um die Frage, in welcher Schlange man sich am Flughafen anstellt. Bei der Staatsbürgerschaft wird ein besonderes Verhältnis zwischen Bürger und Staat statuiert, und das ist auch durch Identifikation und Loyalität geprägt. Völlig daneben ist beispielsweise die Forderung der Grünen, dass die Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse nicht mehr Bestandteil des Staatsangehörigkeitsrechts sein soll. Scheinbar wollen sie auch, dass Polygamisten in Deutschland wieder eingebürgert werden können. Genau diese Möglichkeit haben wir erst im letzten Jahr verhindert. Aber genau das scheint der Wesenskern grüner Ideologien. Ich finde es richtig, dass wir uns darüber Gedanken machen, wie man multiple Staatsangehörigkeiten verhindern kann. Dafür gibt es durchaus Vorschläge. Der Generationenschnitt beispielsweise ist ein hervorragender Vorschlag. Auch wenn man zu der Auffassung kommt, dass ein Kind ausländischer El-

tern, das in Deutschland geboren ist, sich nicht zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und der der Eltern entscheiden soll, ist zu bedenken, dass das in der Folgegeneration dennoch nicht unproblematisch ist. Denn dann hätten wir in der dritten Generation vielleicht nicht nur Doppelstaatsbürgerschaften, sondern sogar Vierfach- und Sechsfachstaatsbürgerschaften. Das sollten wir unter allen Umständen vermeiden. Deswegen wäre der Generationenschnitt sowohl zumutbar für die Betroffenen als auch eine richtige Möglichkeit, um im Staatsbürgerschaftsrecht eine gewisse Linie zu halten.

Gastbeitrag bei NTV: Corona ist keine Verschwörung



Statistiken zeigen, dass die große Mehrheit der Deutschen mit der Pandemie-Bekämpfung durch Bund und Länder zufrieden ist. Verglichen mit anderen Staaten steht Deutschland bei den Infektions- und Todeszahlen wegen seiner Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie gut da. Eine epidemische Katastrophe wie in Italien, Spanien oder New York konnten wir erfolgreich verhindern. Dennoch haben wiederholt und trotz der jüngsten Lockerungen Tausende Menschen in mehreren Städten gegen die staatlichen Maßnahmen demonstriert. Ich kann nachvollziehen, dass diese Krise viele Menschen verunsichert: Viele haben Einbußen oder sind in Kurzarbeit, mancher ist in seiner wirtschaftlichen Existenz bedroht und kaum jemand hat derartige Eingriffe in die persönliche Freiheit und das Wirtschaftsleben schon einmal selbst erlebt. Hinzukommt, dass niemand verlässlich sagen kann, wie sich diese Pandemie weiterentwickeln und vor allem wann sie beendet sein wird. Dass Menschen gegen Maßnahmen zur Begrenzung der Pandemie

friedlich demonstrieren, ist ihr gutes Recht, und dagegen ist nichts einzuwenden. Dennoch bereiten mir zwei Entwicklungen Sorge: Erstens missachten bei den Versammlungen viele Demonstranten das Abstandsgebot und die Hygienevorschriften. Die Protestierenden berufen sich auf die Freiheit und wollen offenbar nicht erkennen, dass sie selbst mit ihrem Verhalten die Freiheit anderer einschränken. Wir alle sind von ansteigenden Infektionszahlen betroffen, denn sie ziehen erneut notwendige Auflagen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens nach sich. Viele Menschen, vor allem Risikogruppen, werden in eine ernste gesundheitliche Gefahr gebracht, wenn sie sich mit dem Virus infizieren. Zweitens bereitet mir Sorge, dass sich der Protest gegen die Auflagen zur Begrenzung der Infektionen radikalieren könnte. Offenbar wollen einige die Corona-Krise als Vorwand nutzen, um gegen die Demokratie und den Staat, den sie immer schon abgelehnt haben, zu protestieren. Unter ihnen sind Verschwörungstheoretiker, Impfgegner, Links- und Rechtsextreme. Um unser Land zu spalten, greifen sie mit Fake News in den Echokammern der sozialen Medien geschickt die Ängste derjenigen auf, die ansonsten mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Schon jetzt sehen wir bei den Demonstrationen ein hohes Maß an Aggressivität gegen Polizei und Journalisten. Die Corona-Pandemie ist keine Verschwörung oder Erfindung der Bundesregierung, sondern tödlicher Ernst. Wer das nicht glauben will, erinnere sich an die verzweifelte Lage in Manhattan, der Lombardei oder Madrid. Jeder kann sich über das Virus und seine Wirkung in unseren unabhängigen und freien Medien informieren. Es ist wissenschaftlich gesichert, dass dieses Virus eine ernsthafte Gefahr für die Gesundheit darstellt. Was also können wir tun, damit die Verschwörer und Extremisten ihre kruden Botschaften nicht mit der Unterstützung Tausender auf die Marktplätze tragen und uns alle in Gefahr bringen? Zunächst einmal sollte die Polizei konsequent durchgreifen: Bei Verstößen gegen Abstandsregeln und Infektionsschutzauflagen muss die Polizei klare Kante zeigen und Platzverweise vollziehen. Der Staat muss seine Regeln durchsetzen, ansonsten verfehlen sie ihre Wirkung. Es ist deshalb richtig, dass sich die Innenministerkonferenz bei ihrem nächsten Treffen mit den Protesten befassen wird. Am wichtigsten aber ist, dass wir nicht nachlassen dürfen zu erklären, warum bestimmte Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie notwendig oder weiterhin erforderlich sind. Wir müssen durch Zuhö-

ren und Erklären verhindern, dass diejenigen, die angesichts der Krise verunsichert sind, jetzt denen auf den Leim gehen, die die Krise für ihre Zwecke instrumentalisieren wollen. Es gilt, die Spaltung unserer Gesellschaft zu verhindern. Das Virus lässt sich nur gemeinsam bekämpfen. Quelle: <https://www.n-tv.de/politik/Die-Radikalen-wollen-das-Land-spalten-article21781456.html>

Rot-rot-grüner Feldzug gegen unsere Polizisten muss gestoppt werden



Rot-Rot-Grün in Berlin unterstreicht einmal mehr mit der eigenen Politik das Misstrauen gegen den Staat und die eigenen Beamten. Das sogenannte Berliner Antidiskriminierungsgesetz (LADG) ist dafür ein Musterbeispiel. Es enthält u.a. eine Regelung, die es erleichtert, Diskriminierungsvorwürfe gegen Polizisten zu erheben, ohne diese beweisen zu müssen. Damit stellt die linke Landesregierung in Berlin die eigenen Beamten unter Generalverdacht. Dabei ist es nicht nur auf das Land Berlin begrenzt, wenn man beispielsweise bedenkt, dass es in Berlin im Jahr etwa 5.000 Demonstrationen gibt, zu denen auch regelmäßig baden-württembergische Polizisten im Wege der Amtshilfe abgestellt werden. An dem gesamten Vorgang gibt es überhaupt nichts zu beschönigen: Der Entwurf des LADG in seiner jetzigen Form erklärt die Berliner Polizistinnen und Polizisten zu Freiwild. Der Kern dieses Gesetzes sieht eine Umkehr der Beweislast vor – das bedeutet, der Uniformierte muss irgendwie seine Unschuld beweisen, wenn ihm ein Tatverdächtiger pauschal einen Rechtsverstoß – etwa Rassismus – vorwirft. Konkret heißt das: Jeder Clan-Angehörige in Neukölln, jeder Dealer im Görlitzer Park und jeder Coronahilfe-Betrüger erhielte bei Inkrafttreten dieses provokativen Gesetzes die Lizenz zur Diffamierung eines anständigen Polizisten, der ihm auf der Spur

kommt. Unsere Beschützer in Uniform werden hier pauschal unter Generalverdacht gestellt. Kein Wunder, dass Polizisten aus anderen Bundesländern bereits drohen, bei Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht mehr in der Hauptstadt aushelfen zu wollen. Ich kann all die Einsatzkräfte aus dem Bundesgebiet verstehen, die sich fortan weigern würden, in Berlin ihren Dienst, etwa zum Schutz von Staatsbesuchen, zu verrichten – das Risiko für sie wäre einfach zu groß. Der rot-rot-grüne Feldzug gegen unsere Polizisten muss gestoppt werden!

Wer Polizisten bespuckt, spuckt auf unseren Rechtsstaat



Bundesweit berichten Polizistinnen und Polizisten seit Beginn der Corona-Pandemie von Spuckattacken. Beispielsweise der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul hat gefordert, solche Angriffe strafrechtlich nicht mehr nur als Beleidigung, sondern als Körperverletzung zu behandeln. Dies unterstütze ich einhellig. Wer einen Polizisten anspuckt, der spuckt auch auf unseren Rechtsstaat. Bereits vor Ausbruch der Covid-19-Pandemie zeugten derart widerwärtige Attacken auf die Vertreter unseres Staates von einer weitreichenden Verachtung für unsere demokratische Gesellschaft und für unsere Werte-Ordnung. Nun jedoch kommt noch das Infektionsrisiko hinzu: Hier wird bewusst die Gefahr einer schweren Erkrankung in Kauf genommen. Das Spucken wird zur Waffe. Aus Erfahrung wissen wir, dass harte Strafen eine abschreckende Wirkung haben. Deshalb müssen die Gerichte den Strafraumen für Corona-Spucker bei Attacken auf Polizisten maximal ausschöpfen. Wer einen Vertreter unseres Staates bei der Ausübung seiner Pflicht bewusst anspuckt, muss deshalb die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen – unter voller Ausschöpfung des Strafraumens. Nur dann sind wir in der Lage, dieser bewussten Provokation Einhalt

zu gebieten. Wir sind es unseren Polizistinnen und Polizisten schuldig, sie bestmöglich zu beschützen.

Schnelle Anschaffung von bewaffnungsfähigen Drohnen unverzichtbar



Die Diskussion über die Anschaffung von bewaffnungsfähigen Drohnen für die Bundeswehr ist ein alter Hut. Bereits in den letzten beiden Koalitionsverträgen gab es entsprechende Prüfaufträge, ohne dass eine Entscheidung in der Sache getroffen wurde. Das liegt vorrangig an der SPD. Mit einer endlosen Diskussion zu diesem Thema tut sich Deutschland keinen Gefallen. Drohnen sind heute ein unerlässliches Aufklärungsmittel zum Schutz unserer Soldaten in Auslandseinsätzen. Durch die Möglichkeit der Bewaffnung würde der Schutz unserer Soldaten noch einmal erheblich verbessert. Allein das Leben eines jeden einzelnen Soldaten wäre es wert, endlich eine Anschaffung solcher „Kampfdrohnen“ zu beschließen. Dabei ist klar, dass waffentragende Drohnen die Handlungsspielräume der Bundeswehr erweitern würden, ohne irgendetwas grundlegend Neues zu können. Die von Ihnen gebotene Luftunterstützung leisten heute bereits unsere Eurofighter, Tornados oder NH90. Drohnen können dies aber kostengünstiger und schneller erledigen und zwar ohne das Leben von Piloten zu gefährden. Auch die Kritik der fehlenden Perspektive des Piloten vor Ort greift zu kurz. Während Jet-Piloten in Überschallgeschwindigkeit in einem Bruchteil einer Sekunde entscheiden müssen, bieten Drohnen die Möglichkeit, lautlos längere Zeit über dem Ziel zu kreisen, um Zeit für eine genaue Identifizierung von Zielen zu gewinnen, die am Boden von mehreren Auswertern abgeglichen werden können. Entscheidend wäre ein Einsatz abhängig von der Lage durch den örtlichen Truppenkommandeur. Deutschland braucht

bewaffnete Drohnen, um den Einsatzwert der Bundeswehr zu erhöhen und die Bündnisfähigkeit vor allem in der NATO zu sichern. Die Anschaffung ist schließlich auch eine Investition in den Schutz unserer Freiheit. Nationen wie Russland, China, Iran investieren und forschen massiv in diesem Bereich und haben einsatzfähige Drohnen zur Verfügung. Wir brauchen also auch entsprechende eigene Expertise, um beispielsweise Abwehrmöglichkeiten zu entwickeln. Das gilt erst recht für die Erarbeitung von globalen Standards zum Einsatz von Drohnen beispielsweise im Rahmen der Vereinten Nationen.

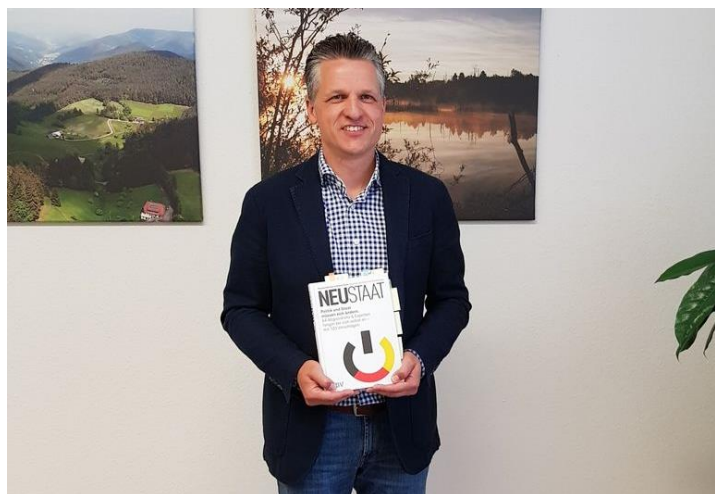
Patenschaftsprogramm geht in neue Runde



PPP, das Parlamentarische Patenschaftsprogramm, das es in dieser Form nur zwischen dem Deutschen Bundestag und dem US-Kongress gibt, ist in eine neue Runde gestartet. Seit Mai und bis 11. September 2020 können sich Schüler, Auszubildende und junge Berufstätige für das Programm 2021/22 bewerben. Ich unterstütze dieses Programm und darf als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter pro Runde einen jungen Menschen für den USA-Austausch benennen. Mehr Informationen gibt es unter www.bundestag.de/ppp. Seit 1983 besteht das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) als Stipendienprogramm des Deutschen Bundestages und des US-Congress. Jedes Jahr werden 360 deutsche und 350 amerikanische Schüler als Stipendiaten ausgewählt. Die Jugendlichen leben als junge Botschafter ihrer Heimat für zehn Monate im jeweils anderen Land. Für den Aufenthalt erhalten sie ein Vollstipendium. Das PPP fördert so den kulturellen Austausch zwischen Deutschland und den USA. Für den aktuellen Austausch habe ich bereits im Januar die 15-jährige Jana Keller aus Hüfingen ausgewählt. Wegen der Corona-Pandemie hat sich der USA-Aufenthalt leider verzögert. Geplant ist der Flug nun für Januar 2021. Wegen

der Verzögerung ist der Aufenthalt ausnahmsweise nur für fünf Monate vorgesehen.

Vorstellung des Buches „Neustaat“



"Neustaat" heißt der Titel eines neuen Buches, an dem auch ich mitgewirkt habe. In einer Pressekonferenz stellte ich das Werk vor, an dessen Entstehung 30 Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie über 35 Experten aus Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft beteiligt waren. Die Projektgruppe ‚Zukunft und Innovation‘ hatte sich seit Januar 2019 mit der Frage beschäftigt, was wir tun müssen, um unseren Wohlstand und unsere Werte langfristig zu sichern. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass Politik und Staat sich grundlegend neu organisieren müssen. Der Staat muss neue Antworten auf eine sich immer schneller drehende Welt haben. Aktuell stößt der Staat vielfach an seine Grenzen, weil Prozesse zu lange dauern. Unter der Federführung von Thomas Heilmann und Nadine Schön haben wir 103 konkrete Vorschläge entwickelt und diese unter dem Leitbild des lernenden Staats im Buch zusammengefasst.



[Hier gibt es Informationen zum Buchprojekt.](#)

Herzliche Einladung zur nächsten Bürgersprechstunde und Online-Sprechstunde

Bürgersprechstunde
Wahlkreisbüro Villingen-Schwenningen
Anmeldung: 07721 / 99 535 44

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Dienstag, 23. Juni 2020 ab 14:30 Uhr in meinem Wahlkreisbüro statt.

Bereits einen Tag vorher, am Montag, 22. Juni 2020, führe ich ab 19:00 Uhr eine weitere Online-Sprechstunde bei Facebook durch. Ich freue mich auf Sie!

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45



thorsten.frei@bundestag.de
 www.thorsten-frei.de
 ThorstenFreiCDU
 thorsten.frei
 Thorsten Frei